



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

11SN-2821ME

GZ 20.434/2-I 8/86

An das
Präsidium des NationalratsW i e nMuseumstraße 7
A-1070 WienBriefanschrift
A-1016 Wien, Postfach 63Telefon
0222/96 22-0*Fernschreiber
13/1264

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	67 - GE/96
Datum:	23. OKT. 1986
Verteilt	23. OKT. 1986

Klappe *H. Bauer*

Sachbearbeiter

(DW)

Betrifft: Stellungnahme des Bundesministeriums für Justiz zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Sicherheit in den Bundestheatern und die Aufhebung disziplinarrechtlicher sowie theaterpolizeilicher Bestimmungen für den Betrieb der Bundestheater (Bundestheatersicherheitsgesetz - BThSG); Begutachtungsverfahren.

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, mit Beziehung auf die Entschliebung des Nationalrats vom 6.7.1961, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem oben angeführten Gesetzesentwurf zu übermitteln.

17. Oktober 1986

Für den Bundesminister:

i.V. LEITNER

Für die Richtigkeit
der Ansfertigung:*Leitner*



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

GZ 20.434/2-I 8/86
An das
Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Sport
Österreichischer Bundestheater-
verband

Goethegasse 1
1010 W i e n

Museumstraße 7
A-1070 Wien

Briefanschrift
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon
0222/96 22-0*

Fernschreiber
13/1264

Sachbearbeiter

Klappe (DW)

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Sicherheit
in den Bundestheatern und die Aufhebung
disziplinarrechtlicher sowie theater-
polizeilicher Bestimmungen für den Betrieb der
Bundestheater (Bundestheatersicherheitsgesetz -
BThSG);
Begutachtungsverfahren.

zu GZ 1867/86

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, mit Beziehung auf das dortige Schreiben vom 16.9.1986 zu dem oben angeführten Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen wie folgt:

Zum § 7 Abs. 5:

Die im zweiten Satz dieser Bestimmung vorgenommene Regelung über die Beschlußfassung bei Stimmengleichheit läßt mehrere Auslegungen zu und könnte daher Anlaß zu Unklarheiten bieten:

- * Die Bestimmung könnte dahingehend interpretiert werden, daß dem Vorsitzenden im Fall der Stimmengleichheit ein alleiniges Beschlußrecht

- 2 -

zukommt; er könnte somit auch eine neue - gar nicht in Abstimmung gezogene - Variante "beschließen".

- * Da keine Regelung für den Zeitpunkt und die Reihenfolge der Stimmabgabe vorgesehen ist, wäre es auch denkbar, aus dieser Bestimmung abzuleiten, daß der Vorsitzende bei Stimmengleichheit neuerlich seine Stimme abgeben kann (und sich auch für die Variante entscheiden könnte, gegen die er ursprünglich gestimmt hat).
- * Schließlich könnte die Regelung einschränkend so verstanden werden, daß bei Stimmengleichheit die bereits abgegebene Stimme des Vorsitzenden für die Beschlußfassung ausschlaggebend ist.

Nur die dritte Auslegungsvariante ergibt einen sachgerechten Regelungsinhalt. Es wird daher angeregt, den zweiten Satz des Abs. 5 eindeutig zu fassen; die Bestimmung könnte etwa lauten:

"..... Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag."

25 Austertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig dem Präsidium des Nationalrats zugeleitet.

17. Oktober 1986

Für den Bundesminister:

i.V. LEITNER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

